

Interparlamentarische Union

110. Versammlung und begleitende Sitzungen

15.-23. April 2004, Mexiko-Stadt

Versammlung
Punkt 5

A/110/5-DR
22. April 2004

DIE ARBEIT AN EINEM GERECHTEN UMFELD FÜR DEN WELTHANDEL: FRAGEN DES HANDELS MIT AGRARPRODUKTEN UND DES ZUGANGS ZU BASISMEDIKAMENTEN

***Entschließungsentwurf, vorgelegt von dem Ständigen Ausschuss
für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel***

Berichterstatterin: Frau S. Mugerwa (Uganda)

Die 110. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

1) *eingedenk*

- der Ziele der IPU, wie sie in deren Satzung niedergelegt sind;
- der Schlusserklärung der Parlamentarischen Welthandelstagung „Für ein freies, gerechtes und angemessenes multilaterales Handelssystem: die parlamentarische Dimension“ (Genf, Juni 2001);
- der von der Vierten WTO-Ministerkonferenz angenommenen Ministererklärung von Doha (Doha, November 2001);
- der Erklärung der Cancún-Tagung der Parlamentarischen Konferenz über die WTO, die anlässlich der Fünften WTO-Ministerkonferenz im September 2003 in Cancún stattfand;
- der Ziele der am 23. Juni 2000 in Cotonou unterzeichneten Partnerschaftsvereinbarung zwischen den Mitgliedern der Gruppe afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (AKP) und der Europäischen Union (EU) über die Beseitigung der Armut, nachhaltige Entwicklung und die allmähliche Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft;
- der Entschliefungen der IPU zum Welthandel, zur Entwicklung und zur Armutsbekämpfung;

1) *feststellend*, dass die Ministererklärung von Doha anerkennt, dass die Mehrheit der WTO-Mitgliedstaaten Entwicklungsländer sind und dass der Welthandel weitgehend ihren Entwicklungsbedürfnissen entsprechen sollte;

3) *außerdem feststellend*, dass die Stimme der Entwicklungsländer auf der WTO-Ministerkonferenz in Cancún mit der Einbeziehung von Verhandlungsgruppen wie der G20+, der G90 (Afrikanische Union, AKP und die am wenigstens entwickelten Länder - LDCs) und der G33 mehr Gehör gefunden hat;

- 4) *im Bewusstsein* der unterschiedlichen Positionen dieser Gruppen, von denen einige für eine vollständige Handelsliberalisierung eintreten, während andere die Zollpräferenzen weiterhin einer besonderen, differenzierten Behandlung unterziehen möchten sowie *ferner im Bewusstsein* der kollektiven Kritik dieser Gruppen an Unzulänglichkeiten der WTO-Verhandlungsabläufe;
- 5) *in der Erkenntnis* der Notwendigkeit besser durchdachter Verhandlungsstrukturen mit eindeutigen, von allen WTO-Mitgliedern anerkannten Regeln, damit ein gerechtes und transparentes Umfeld für den Welthandel geschaffen werden kann;
- 6) *feststellend*, dass auf der Ministerkonferenz von Doha zur Deckung der Erfordernisse im öffentlichen Gesundheitswesen ein Abkommen über eine besondere Auslegung der handelsbezogenen Aspekte der geistigen Eigentumsrechte (TRIPS) geschlossen wurde;
- 7) *in der Besorgnis*, dass ein Drittel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu wichtigen Arzneimitteln hat und *besonders besorgt* über die Ausbreitung von HIV/AIDS, die weltweit 42 Millionen Menschen betrifft, von denen ein großer Teil in Afrika leben und die zu 90% keinen Zugang zu Arzneimitteln haben;
- 8) *unter Begrüßung* des WTO-Abkommens vom 30. August 2003 über gesetzliche Änderungen, die es ärmeren Ländern erleichtern werden, kostengünstigere Generika zu importieren, die aufgrund obligatorisch zu erteilender hergestellt wurden, wenn die Länder die Arzneimittel nicht selbst herstellen können;
- 9) *im Bewusstsein* der Unterstützung durch den Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria mit entscheidend wichtigen, nicht patentgeschützten Arzneimitteln, die in jedem Land die Bereitstellung einer umfassenden Gesundheitsversorgung erfordern;
- 10) *unter Berücksichtigung* der Reformen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik mit der Folge einer weitreichenden Abkopplung der Erzeugerbeihilfen und zugleich *weiterhin in dem Bewusstsein*, dass den Handel verzerrende inländische Unterstützung und Exportbeihilfen den Entwicklungsländern eindeutig schaden;
- 11) *unter Begrüßung* der Vorschläge des französischen Staatspräsidenten Chirac auf dem G8-Gipfel 2003 von Evian, Exportbeihilfen für alle Entwicklungsländer interessierenden Erzeugnisse abzuschaffen;
- 12) *feststellend*, dass die „Friedensklausel“ des WTO-Agrarübereinkommens jetzt abgelaufen ist und die Staaten nun größere Freiheit haben, gegen die bestehenden Agrarsubventionen aller anderen Staaten vorzugehen;
- 13) *in der Erkenntnis*, dass die zu ergreifenden Maßnahmen strikt auf dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung beruhen müssen, wie dieses 2002 auf dem Gipfel von Johannesburg vereinbart wurde, einschließlich der Integration aller drei Komponenten - Umwelt, Wirtschaft und Soziales - sowie der Armutsbekämpfung;
- 14) *außerdem feststellend*, dass
- die Ministererklärung von Doha eine Reihe von Verpflichtungen nach sich zieht, spezifische Probleme anzupacken, in denen seit langem wichtige Hindernisse gesehen werden, die die Entwicklungsländer darin hindern, sich einen gerechteren Anteil am Welthandel zu sichern;
 - die Landwirtschaft zwar zwei Dritteln der Weltbevölkerung - gerade auch in den Entwicklungsländern - eine Überlebensgrundlage schafft, jedoch im Afrika südlich der Sahara, wo die Baumwollanbauer einen Anteil von rund 40% an der Gesamtbevölkerung haben, Baumwolle fast 30% der nationalen Ausfuhren und

5-10% des BIP ausmacht und dieser Ware somit bei der Armutsbekämpfung strategische Bedeutung zukommt;

- die Beihilfen der reichen Länder ihren Erzeugern einen Mindestpreis garantieren, was eine Überschwemmung des Marktes mit nicht wettbewerbsfähigen Agrarerzeugnissen zur Folge hat, während die unmäßig hohen Baumwollsubventionen der USA und der EU die Regeln des Welthandels verletzen und die universellen Wettbewerbsgrundsätze verzerren. Solche Subventionen - mehr als das Sechsfache der offiziellen Entwicklungshilfe für die Entwicklungsländer - haben das Welthandelssystem in eine Sackgasse geführt, da sie den Grundprinzipien des freien Welthandels widersprechen, Preisverzerrungen nach sich ziehen und den Welthandel mit Agrarprodukten an Preise binden, die nicht durch den Wettbewerb, sondern durch gewaltige Agrarsubventionen, Quotensysteme, mengenmäßige Beschränkungen und landwirtschaftliche Exportbeihilfen bestimmt, die allesamt dem landwirtschaftlichen Sektor schaden, der für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer entscheidend wichtig ist;
 - es für die Entwicklungsländer wichtig ist, das Recht zur schrittweisen Öffnung ihrer Märkte zu haben, um durch eine nachhaltige inländische Agrarproduktion eine gesicherte Lebensmittelversorgung zu gewährleisten;
1. *ruft auf* zur fortgesetzten Bereitstellung finanzieller und technischer Hilfe für die Verhandlungsteams der Entwicklungsländer, um ihnen bei internationalen Verhandlungen zu größerer Effektivität zu verhelfen;
 2. *empfiehlt*, Marktöffnungsverhandlungen gleichzeitig auf der Basis Nord-Nord, Süd-Süd und Süd-Nord zu führen;
 3. *erkennt* die strategische Bedeutung *an*, die die Baumwollindustrie in vielen Ländern und insbesondere in den am wenigsten entwickelten unter ihnen für die Entwicklung und das Zurückdrängen der Armut besitzt und betont zugleich, dass in der Landwirtschaft ausgehandelte Veränderungen nicht sektoral gebunden sein sollten;
 4. *unterstützt* die sektoralen Initiativen für Baumwolle, die in dem Dokument aufgeführt werden, das der Fünften WTO-Ministerkonferenz von ihrem Präsidenten, Herrn L. Derbez, vorgelegt wurde;
 5. *fordert* die EU, die USA und China *nachdrücklich auf*, ihre Baumwollsubventionen abzuschaffen und *ruft* den Common Fund for Commodities (CFC) *auf*, Vorschläge zur Unterstützung der Baumwollinitiative der Regierungen und Parlamente von Mali, Benin, Burkina Faso und des Tschad zu unterbreiten, die auf die fortschreitende Beseitigung aller Baumwollsubventionen und die Errichtung eines Ausgleichsmechanismus zur Förderung des Baumwollsektors in den am wenigsten entwickelten Ländern abzielen;
 6. *bittet* darum, die Suche nach Lösungen für die Probleme des afrikanischen Baumwollsektors im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde als vorrangig zu betrachten;
 7. *ruft auf* zu einer radikalen Senkung aller zur Unterentwicklung beitragenden Agrarsubventionen sowie zur Reduzierung der für Einfuhren aus Entwicklungsländern geltenden Zölle und nichttarifären Hemmnisse;
 8. *unterstreicht*, dass die Entscheidung des WTO-Generalrats vom 30. August 2003 über die Umsetzung von Ziffer 6 der Erklärung von Doha zum TRIPS-Übereinkommen und zur öffentlichen Gesundheit zu deren zügiger Umsetzung durch von jedem Parlament zu verabschiedende einzelstaatliche Rechtsvorschriften aufruft;

9. *hält* die Parlamente *dazu an*, das Handeln der Regierungen wie auch der Pharmaunternehmen genau zu prüfen, um die Umsetzung der oben genannten WTO-Entscheidung insbesondere nach dem 31. Dezember 2004 zu gewährleisten, dem Stichtag, bis zu dem alle Staaten (mit Ausnahme der LDCs) Produktpatente für Arzneimittel eingeführt haben müssen;
10. *fordert* die WTO und ihre Mitglieder *nachdrücklich auf*, bedürftigen Ländern technische Hilfe zu leisten und für die sachgerechte Anwendung von Ziffer 6 der Erklärung von Doha zum TRIPS-Übereinkommen und zur öffentlichen Gesundheit zu sorgen;
11. *ruft auf* zur Errichtung eines besonderen Fonds zur Finanzierung des Ankaufs von Ausrüstungen für Krankheitsdiagnose und -überwachung sowie von antiretroviralen Medikamenten gegen HIV/AIDS und *ruft außerdem auf* zu einem Ausbau der WTO-Bestimmungen, um den Handel zu erleichtern, damit der Wettbewerb bei Generika gefördert wird und der Preis von Präparaten gegen AIDS gesenkt werden kann;
12. *ruft* alle Parlamente zur Verabschiedung von Rechtsvorschriften zur Umsetzung der WTO-Entscheidung vom 30. August 2003 *auf*, mit der die obligatorische Vergabe von Ausfuhrlicenzen für patentgeschützte Arzneimittel gegen lebensbedrohliche Krankheiten eingeführt wird, die in Entwicklungsländer ohne oder mit nur geringen Herstellungskapazitäten im Pharmasektor sowie die am wenigsten entwickelten Länder gehen sollen, damit diese Länder solche Medikamente uneingeschränkt importieren können;
13. *ruft* die Parlamente *außerdem auf*, staatliche Maßnahmen zu fördern, um zu gewährleisten, dass antiretrovirale Medikamente und Präparate zur Verhütung einer HIV-Übertragung zwischen Mutter und Kind HIV/AIDS-Patienten frei zugänglich gemacht werden, statt dass nur der Preis solcher Arzneimittel gesenkt wird;
14. *fordert* die jeweiligen Beteiligten *nachdrücklich auf*, die medizinische Forschung über für Entwicklungsländer geeignete Arzneimittel zu unterstützen, da sich die mit HIV/AIDS verbundenen Gesundheitsprobleme mit preiswerten Medikamenten allein nicht lösen lassen;
15. *bittet* die Regierungen, nationale HIV-Programme zu errichten, um das staatliche Gesundheitssystem zu stärken, durch Bereitstellung erschwinglicher wichtiger Ausrüstungen für die leichtere Diagnostizierung verbreiteter Krankheiten Maßnahmen gegen andere schwere Krankheiten zu ergreifen, die Lieferung von Nahrungsmitteln mit vollem Nährwert zu fördern und die Gesundheitsinfrastruktur auszubauen;
16. *erwartet*, dass die bei verschiedenen WTO-Verhandlungen geschlossenen Abkommen wesentlich dazu beitragen werden, Ungleichgewichte und Ungleichheiten im Welthandel zu beseitigen und dass die mit der Entwicklung armer Länder verbundenen Probleme dabei den Vorrang erhalten;
17. *bittet* die WTO-Mitglieder anzuerkennen, dass die Landwirtschaft eine multifunktionelle Rolle einnimmt, zu der die Lebensmittelsicherheit, die Erhaltung des Bodens, die Pflege der Tierbestände, die Bewahrung einer bestimmten Lebensweise, die Wiederbelebung der ländlichen Gesellschaft und der Beschäftigung auf dem Lande gehören und *bittet* sie *außerdem*, bei den WTO-Verhandlungen auch nicht mit dem Handel zusammenhängende Probleme zu berücksichtigen und auf diese Weise - insbesondere in den Entwicklungsländern - das gleichzeitige Bestehen unterschiedlicher landwirtschaftlicher Systeme in verschiedenen Staaten zu ermöglichen;

18. *ruft* die IPU-Mitgliedsparlamente *auf*, die Verfolgung der oben genannten Ziele durch die Regierungen zu überwachen;
19. *bekräftigt* den in der Parlamentarischen Erklärung der Cancún-Tagung enthaltenen Aufruf folgenden Wortlauts: „Die Transparenz der WTO sollte durch engere Einbindung der Parlamente in die Aktivitäten der WTO gesteigert werden. Darüber hinaus rufen wir alle WTO-Mitglieder auf, in ihre offiziellen Delegationen für künftige Ministerkonferenzen Parlamentsmitglieder aufzunehmen.“